

leuchtet dann anschaulich und konkret die Arbeit verschiedener Akteure aus: So waren Vertreter beider Kirchen (sowie der jüdischen Kultusgemeinden) in den Rundfunkräten der Sendeanstalten vertreten und konnten durchaus Einfluss auf die Senderpolitik und Entwicklung nehmen. Die kirchlichen Beauftragten – in den frühen Jahrzehnten vor allem Geistliche – hatten teilweise wieder ähnlichen Einfluss, hier aber eher auf Arbeitsebene – also gegenüber den Redaktionen und auf das konkrete Programm. Die Kirchenredaktionen als Teil der Rundfunkanstalten befanden sich in einem Spannungsfeld: Einerseits mussten sie in journalistischer Distanz zu den Kirchen bleiben, andererseits arbeiteten sie mit diesen zusammen und sollten teilweise Verkünder ihrer Botschaft sein. Nach und nach setzte sich der Schwerpunkt im Hinblick auf die Unabhängigkeit durch. Die Kirchen etablierten parallel dazu wiederum eigene Produktionsgesellschaften, katholischerseits die Tellux, auf evangelischer Seite die Eikon, beide 1960 gegründet.

Ein ganz anderes Thema greift der Münsteraner Theologe Reinhold Zwick auf, der auf Jesusfilme aus deutscher Produktion blickt und hierbei besonders die Darstellung der jüdischen Gegner Jesu in den Blick nimmt. Dabei geht er detailliert auf einzelne Filme ein – von „Der Galiläer“ von Dimitri Buchowetzki aus dem Jahr 1921 bis „Jesus cries“ von der Fotografin Brigitte Maria Mayer von 2016.

Silvan Maximilian Hohl stellt schließlich mit dem YouTube-Kanal „underkath“, in dessen Rahmen 2019 der Virtual Reality-Film „2100“ gedreht wurde, neue Ansätze der kirchlichen Jugendarbeit in der deutschsprachigen Schweiz vor. Drei weitere Aufsätze – von Dominik Heringer, Alois Schneider und Joachim Köhler –, die sich nicht auf das Schwerpunktthema beziehen, schließen den Aufsatzteil ab, worauf ein ausführlicher Rezensionsteil folgt.

Insgesamt bietet der 40. Band des Rottenburger Jahrbuchs ebenso übergreifende historische und theologische Beiträge als auch konkrete Detailaufnahmen und Erfahrungsberichte zur katholischen Filmarbeit im letzten Jahrhundert. Auch wenn sich hier und da Redundanzen finden und die Anordnung der Aufsätze nicht immer nachvollziehbar ist, ergibt diese instruktive und sich gut ergänzende Kombination dazu ein rundes Bild.

Wolfgang Krauth

Bevölkerungs- und Sozialgeschichte, jüdische Geschichte

David SCHNUR (Hg.), Jüdisches Leben in der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd vom 13. bis ins 17. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwäbisch Gmünd, Bd. 16). Schwäbisch Gmünd: Einhorn-Verlag 2021. 139 S. mit einigen Abb. ISBN 978-3-95747-114-7. Geb. € 18,-

Die Entdeckung eines mittelalterlichen Synagogengebäudes bei Sanierungsarbeiten in der Schwäbisch Gmünder Altstadt 2014 rückte die Geschichte der städtischen Juden erneut in den Fokus der lokalen stadthistorischen Forschung. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse gaben den Anstoß zu diesem in drei Teile gegliederten Buch.

Im ersten Teil (Seite 9–65) rekapituliert David Schnur, von 2018 bis Ende 2020 Stadtarchivar in Schwäbisch Gmünd, inzwischen im Landesarchiv Saarland, die Geschichte der Juden in der spätmittelalterlichen Stadt bis zu ihrer Vertreibung 1501. Dabei stützt er sich nicht nur auf Altbekanntes, sondern kann durch eigene neuere Forschungen einiges ergänzen oder modifizieren, beispielsweise zu den Aktivitäten des schwäbischen Städtebundes oder zum „Fall“ des Juden Salomon von Schaffhausen in den 1460er-/70er Jahren.

Eine erste schriftliche Nachricht über die Existenz von Juden in Schwäbisch Gmünd befindet sich im Reichssteuerverzeichnis von 1240/41. Ihr Anteil an der von der Reichsstadt geforderten Steuer betrug etwa sieben Prozent. Ihre Ansiedlung geschah vermutlich in der Zeit um 1200, in der Phase eines großen Stadtausbaus. Der nächste schriftliche Beleg über Juden in der Stadt datiert auf das Jahr 1309. Danach fließen die Quellen zur Geschichte der Juden reichlicher, belegen die Ermordung von Juden während des Pestpogroms im Frühjahr 1349, ihre Wiederansiedlung in den späten 1360er-Jahren. Deutlich machen kann Schnur, wie es ab den 1460er-Jahren zwischen der jüdischen Gemeinde und dem Bürgermeister sowie dem Rat der Stadt immer wieder zu Konflikten kam, die das Verhältnis beider zunehmend verschlechterten. Auslöser bildeten meist finanzielle Forderungen und „Beschwernisse“ der Stadt gegenüber den Juden, die weit über das übliche Maß hinaus gingen. Trotz wiederholter kaiserlicher Intervention zu Gunsten der Juden, oder vielleicht auch gerade deshalb, verschlechterte sich das Verhältnis beider Bevölkerungsteile zunehmend. König Maximilian gab 1501 schließlich dem Drängen der christlichen Bürgerschaft nach und gewährte ihr gegen eine entsprechende Bezahlung das Recht, ihre jüdischen Mitbürger auszuweisen. Damit endete die seit drei Jahrhunderten bestehende Siedlungskontinuität. Eine Neuansiedlung jüdischer Familien erfolgte erst wieder in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Im zweiten Teil „Ein Adelshof als jüdisches Siedlungsquartier“ (Seite 67–92) berichtet Simon Paulus, Institut für Architekturgeschichte an der Uni Stuttgart, über die Ergebnisse der bauhistorischen Untersuchung des am Rande der Altstadt gelegenen Gebäudes Imhofstraße 9, bei dessen Sanierung hinter der neuzeitlichen Fassade ein wesentlich älteres Haus entdeckt wurde. Zwar war durch Ortschroniken des 17. und 18. Jahrhunderts bekannt, dass dieses 20 Meter hohe, seine Umgebung weit überragende Gebäude – in lokaler Überlieferung „Judenhaus“, „Judenschul“ oder „Judenkirch“ genannt – einst auch als Synagoge benutzt worden war. Doch dass sich in ihm auch deutliche Spuren dieser Nutzung samt Resten einer farbigen Ausmalung erhalten haben, damit hatte niemand gerechnet. Zum Vorschein kam vom Keller bis zum Dach ein mittelalterliches Steinhaus, dessen Dachstuhl dendrochronologisch auf das Jahr 1288 datiert werden konnte.

Die Ergebnisse der bauhistorischen Untersuchung legen nahe, dass es sich bei dem Gebäude und dem umgebenden Areal ursprünglich um einen Adelssitz gehandelt hatte, der dann, von der mittelalterlichen Judengemeinde übernommen, zu einem multifunktionalen Zentrum um- und ausgebaut, als Synagoge sowie als Tanz- und Versammlungsraum diente. Die am Bau in der Vergangenheit zu verschiedenen Zeiten vorgenommenen Änderungen gingen nicht nur Hand in Hand mit neuen Nutzungen, sie spiegeln auch die Geschichte der Juden in Schwäbisch Gmünd, verdeutlichen deren zeitlich unterschiedliche Rolle und Stellung innerhalb der städtischen Gemeinschaft. Die topographische Lage des Gebäudes, seine Architektur und die Befunde der bauhistorischen Forschung berücksichtigend, kommt Simon Paulus so zum Ergebnis, dass sich die „Gmünder Judenschaft und die städtische Elite des Stadtadels“ in der Zeit von ihrer Ansiedlung in Schwäbische Gmünd bis zum Pogrom in der Mitte des 14. Jahrhunderts „zumindest in ihren baulichen und wohnlichen Statusansprüchen kaum voneinander unterschieden und die Juden in städteplanerische Prozesse eingebunden waren“ (S. 81).

Im dritten Teil des Buches (Seite 93–139) untersucht Stefan Lang, Göppinger Kreisarchivar und ausgewiesener Kenner jüdischer Geschichte in Württemberg, die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die rechtliche Stellung der Juden nach ihrer Vertreibung aus Gmünd 1501 und ihrer Neuansiedlung im dörflichen Umland der Reichsstadt,

insbesondere auf dem Gebiet der Herren von Rechberg zu Hohenrechberg und Heuchlingen. Er zeigt auf, wie die Reichsritter das „Miteinander“ ihrer Schutzjuden und ihrer christlichen Untertanen bis ins Detail regelten, den Juden im Umgang mit den Untertanen anderer Herrschaften aber freie Hand ließen und so von der „hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit jüdischer Händler und Kreditgeber“ profitierten. Überzeugend kommt er, auf gute Beispiele gestützt, zum Ergebnis, dass die Juden „weder rechtlich oder wirtschaftlich noch räumlich eine Randgruppe innerhalb der rechbergischen Dörfer bildeten“. Sie „befanden sich wie ihre Häuser mitten in der Gemeinde und waren Teil des ländlichen Wirtschaftslebens“. Allerdings hatte dies nur kurze Zeit Bestand: bereits 1554 wurden die Juden auf massiven politischen Druck Württembergs aus der Herrschaft Hohenrechberg ausgewiesen.

Insgesamt vermitteln die drei in diesem Band vereinten Aufsätze nicht nur neue Erkenntnisse zur mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd und ihres Umlandes, sondern geben auch Anstöße zu weiterer wissenschaftlicher Betätigung. Deutlich wird einmal mehr, dass, wer nach dem Umgang der christlichen Bevölkerungsmehrheit mit der jüdischen Minorität im Mittelalter und in der Frühneuzeit fragt, wer mehr wissen möchte über das Miteinander von Juden und Christen, über den Lebensalltag jüdischer Gemeinschaften in den Städten jener Jahrhunderte, der sollte sich nicht nur auf schriftliche Quellen stützen, weil diese ja vor allem Konflikte und Konfrontationen dokumentieren. Insbesondere der Aufsatz von Simon Paulus zeigt, dass Untersuchungen zur Topografie, von baulichen Sachzeugnissen aussagekräftige Einblicke gerade auch in die wenig dokumentierten, friedlichen Phasen jüdisch-christlicher Koexistenz ermöglichen.

Wilfried Setzler

Ulrich KLEMKKE, Auswanderer der badischen Revolution 1848/49 in die USA – Ein biographisches Lexikon (Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit, Bd. 106). Hamburg: Verlag Dr. Kovač. 2022. 417 S. ISBN 978-3-339-12956-7. € 99,80

Nach der Zerschlagung der badischen Revolution 1848/49 suchte ein großer Teil der politisch Verfolgten Zuflucht in den Vereinigten Staaten. Friedrich Hecker und Gustav Struve gehörten dabei wohl zu den bekanntesten Auswanderern. Das hier vorgestellte Werk enthält nun zu insgesamt 1.628, meist nicht oder weniger bekannten Amerikaauswanderern, welche an den badischen Aufständen beteiligt waren, biographische Angaben.

Ulrich Klemke, der über die „Exilierung politischer Straftäter nach Übersee“ des Vormärzes und der Revolution 1848/49 promovierte und bereits 2007 ein biographisches Lexikon über „Die deutsche politische Emigration nach Amerika 1815–1848“ veröffentlichte, ist mit diesem Forschungsgebiet bestens vertraut. Klemkes Werk fußt auf der von Heinrich Raab erstellten Datenbank, in der etwa 38.500 Revolutionsteilnehmer auf Grundlage von Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe und des Staatsarchivs Freiburg erfasst wurden. Ergänzt wurden diese Angaben durch eine Auswertung der Auswanderer-Datenbanken des Landesarchivs Baden-Württemberg und der Stadt Offenburg sowie durch die breite deutsche und internationale Forschungsliteratur zur Revolution 1848/49. Während diese Sekundärliteratur und Datenbanken systematisch ausgewertet wurden, waren kaum eigene Quellenarbeiten zu erwarten. Eine Auswertung der Passagierlisten beispielsweise, die für die Immigration nach Nordamerika von Genealogen üblicherweise genutzt werden, ist offenbar nicht erfolgt.